

Vernehmlassung

Teilrevision des Mittelschulgesetzes



Sozialdemokratische Partei
Kanton Schwyz

Reichenburg, 11. Februar 2021

Vernehmlassung: Teilrevision des Mittelschulgesetzes

Sehr geehrte Frau Landammann
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kanton Schwyz bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend die Teilrevision des Mittelschulgesetzes hinsichtlich Strukturänderung – Aufbau Kantonsschule Innerschwyz.

Allgemeines

Zwei der drei bestehenden Mittelschulen im inneren Kantonsteil, die Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS) sowie das Theresianum Ingenbohl, sollen auf Beginn des Schuljahres 2024/25 zur Kantonsschule Innerschwyz (KSI) am Standort Schwyz zusammengeführt werden. Diese Absicht haben die beiden Trägerschaften, der Kanton Schwyz und der Stiftungsrat des Theresianums Ingenbohl, am 22. September 2020 mit der Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung offiziell vereinbart. Die beiden Trägerschaften sind seit rund zwei Jahren miteinander in Verhandlungen. Es ist aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Schwyz deshalb unverständlich, dass der Regierungsrat am 17. Dezember 2020 die entsprechenden Unterlagen an die Vernehmlassungsteilnehmenden verschickte und gleichzeitig mit dem 12. Februar 2021 eine lediglich achtwöchige Vernehmlassungsfrist über die Festtage ansetzte. Wir bitten den Regierungsrat, in Zukunft wieder **Vernehmlassungsfristen in voller Länge** zu setzen.

Bereits vor der Abstimmung über die Ausgabenbewilligung für die Realisierung von Neubauten in Pfäffikon für die Kantonsschule Ausserschwyz (KSA) hat die SP-Kantonsratsfraktion mit dem Postulat P 6/19 „Mittelschulstrategie vor der definitiven Standortfrage“ eine kantonale Mittelschulstrategie gefordert. Spätestens nach dem Volks-Nein zur Ausgabenbewilligung für den Neubau und die Zusammenlegung der KSA im November 2019 wäre es an der Zeit gewesen, eine kantonale Mittelschulstrategie zu präsentieren und sich dezidiert für eine starke Mittelschullandschaft auszusprechen. Deshalb hat die SP-Fraktion mit dem Postulat P 21/19 „**Bekanntnis zu einer starken Mittelschullandschaft** mittels Mittelschulkonzept ablegen“ dieses

wichtige Anliegen erneut zur Debatte gebracht. Es ist für die SP absolut unverstänlich, weshalb der Regierungsrat die beiden Postulate zur Ablehnung empfahl und sich weiterhin weigert, in einem Strategiepapier aufzuzeigen, wie er die Schwyzer Mittelschulen längerfristig weiterentwickeln will.

Grosse Teile der Sozialdemokratischen Partei befürchten, dass die **Zusammenlegung der beiden Mittelschulen zu einem weiteren Bildungsabbau** führt. Mit dem Vorlegen einer Mittelschulstrategie könnte der Regierungsrat diese Bedenken entkräften und sich öffentlich zu einem Bildungsausbau bekennen. So ist es aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei zentral, dass der Regierungsrat möglichst rasch aufzeigt, mit welchen konkreten Massnahmen er dafür sorgen will, dass der Zusammenschluss der beiden Mittelschulen keine verdeckte Sparvorlage ist, sondern tatsächlich eine Stärkung der Schwyzer Bildungslandschaft mit sich bringt. Es braucht ein klares Bekenntnis zu einer besseren Finanzierung der neuen Schule, um eine höhere Bildungsqualität und eine Steigerung der Auswahlmöglichkeiten für die Schüler*innen (mehr Angebote bei den Schwerpunkt-, Wahl- und Freifächern) anbieten zu können. Basierend auf den Stärken und dem pädagogischen wie auch finanziellen Potenzial, soll ein Gesamtkonzept vorgelegt werden, welches die bildungspolitischen Aspekte der heutigen Mittelschullandschaft des Kantons Schwyz durchleuchtet. Die Erfahrungen und das Wissen aller Interessengruppen und Direktbetroffenen sollen in das Konzept einfliessen können.

Die Sozialdemokratische Partei weist an dieser Stelle nochmals auf die Diskrepanz der hohen Mittelschuldichte gegenüber der tiefen Mittelschulquote im Kanton Schwyz hin. Auf dem Arbeitsmarkt sind Leute mit Hochschulabschluss dringend gefragt. Jedes Jahr müssen wir studierte Fachleute aus dem Ausland rekrutieren, weil wir sie im eigenen Land nicht ausbilden. In Zukunft wird mit der Digitalisierung der Bedarf nach hohen Bildungsabschlüssen noch weiter steigen. Dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen. Die Schweiz ist eine Wissensgesellschaft. Deshalb **müssen wir mehr in unsere Bildung investieren** und auch mehr Mittelschüler*innen ausbilden. Die Sozialdemokratische Partei erwartet vom Regierungsrat eine explizite Absichtserklärung und konkrete Massnahmen zur Erhöhung der Maturitätsquote mindestens auf den Schweizer Durchschnitt.

Ende 2020 hat ein parteiübergreifendes Initiativkomitee zwei Initiativen lanciert, welche unter anderem für den Erhalt des Theresianums Ingenbohl sorgen sollen. Das Projekt „Aufbau Kantonsschule Innerschwyz“ wird somit voraussichtlich den Stimmberechtigten vorgelegt werden müssen. Die Initiant*innen werfen eine Reihe von **berechtigten Fragen und Kritikpunkten** auf (vgl. starke-mittelschulen.ch). Die SP bittet den Regierungsrat, zu diesen Punkten nicht erst vor der absehbaren Volksabstimmung, sondern bereits jetzt vor der Beratung der Vorlage zur Teilrevision des Mittelschulgesetzes Stellung zu nehmen (siehe auch Abschnitt „zu klärende Fragen“).

Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage deckt der Regierungsrat noch tiefgreifendere Versäumnisse auf. Auf Seite zwei und drei ist zu lesen: „Als Zeithorizont für die Betriebsaufnahme dieser neuen Mittelschule wurde ursprünglich das Schuljahr 2026/27 definiert. Im Verlauf der Verhandlungen verlangte der Stiftungsrat des Theresianums Ingenbohl aus verschiedenen, insbesondere auch aus finanziellen Gründen, den Beginn der neuen Schule bereits auf den Beginn des Schuljahrs 2024/25, faktisch somit auf den 1. August 2024 zu

terminieren.“ Es ist bedenklich, wie selbstverständlich und unkommentiert der Schwyzer Regierungsrat die finanzielle Lage des Theresianums Ingenbohl hinnimmt. Dabei ist es der Schwyzer Regierungsrat, welcher die Finanzierung der verschiedenen Mittelschulen zu weiten Teilen definiert. Die Sozialdemokratische Partei weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass **das Theresianum Ingenbohl durch den Kanton finanziell ins Abseits geführt wurde**. Die Regierung hat die gegenwärtige Situation mit der Kürzung der Beiträge an die privat geführten Mittelschulen bewusst provoziert. Die jahrelangen kantonalen Abbaumassnahmen und der Investitionsrückstau bleiben für die privaten Mittelschulen nicht ohne Folgen und machen sich im Falle des Theresianums deutlich bemerkbar. Die SP befürchtet, dass auch nach einer Zusammenlegung der beiden Schulen weiterer schädlicher Spardruck auf die Schulen ausgeübt wird.

Die SP Kanton Schwyz steht der Zusammenlegung der beiden Schulen gespalten gegenüber. Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse aus den vorhandenen Unterlagen tendiert **eine Mehrheit der Partei zur Ablehnung der Vorlage**. Einige Gründe für die ablehnende Haltung sind:

Kontraargumente Zusammenlegung

- Es gibt aus SP-Sicht keinen Grund, eine qualitativ hochwertige, funktionierende Schule aus Finanzgründen zu schliessen.
- Die unterschiedlichen Traditionen und Ausrichtungen der Schulen sollen weiter erhalten bleiben.
- Die Zusammenlegung bedeutet eine Verschmälerung des Bildungsangebots und eine Nivellierung nach unten.
- Die Schliessung der Schule stellt eine weitere Sparübung des Kantons im Bereich der Bildung dar.

Um das Potenzial der Schülerinnen und Schüler zu fördern, sollen weiterhin vielfältige Ausbildungsoptionen und auch Nischen angeboten werden können. Die grosse Auswahl der verschiedenen Schulen ermöglicht dies.

Proargumente Zusammenlegung

Eine Minderheit der SP befürwortet den Zusammenschluss der beiden Schulen. Auch diese steht den bisher getätigten Entscheidungen des Regierungsrates sehr kritisch gegenüber, gewichtet jedoch die Vorteile eines Zusammenschlusses höher als die Nachteile. Folgende Gründe sprechen unter anderem für eine Zustimmung:

- Eine grössere Schule ermöglicht ein breiteres Angebot (z.B. bei Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern) für die einzelnen Lernenden.
- Der Kanton wird als Schulträger gestärkt.
- Längerfristig sollen alle, von öffentlichen Geldern mitgetragenen Schulen, eine öffentliche Trägerschaft haben. Die Zusammenlegung ist ein Schritt in diese Richtung.
- Die beiden aktuellen Schulstandorte sind nahe beisammen. Eine Zusammenlegung ist daher auch aus regionalpolitischen Gründen vertretbar.

Fazit

Aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei sollte nicht die Standortfrage im Zentrum der Diskussionen rund um die Mittelschullandschaft im Kanton Schwyz stehen. Viel wichtiger wäre ein klares regierungsrätliches **Bekenntnis zu einem attraktiven und modernen Bildungsstandort Schwyz**. Dazu muss unter anderem Folgendes angegangen werden:

- Das jährliche Schulgeld (Fr. 700.--) an den kantonalen Mittelschulen muss gestrichen werden.
- Die im interkantonalen Vergleich tiefe Maturitätsquote muss angehoben werden. Wichtig sind dazu attraktive Schulangebote, eine neue kantonale Mittelschulstrategie und eine langfristige Entwicklungsperspektive für die Mittelschulen im Kanton Schwyz. Die Anhebung der Maturitätsquote kann mit oder ohne Zusammenlegung der beiden Schulen erfolgen.
- Die Übertrittsbedingungen von der Sekundarstufe I in die Mittelschulen müssen hinterfragt und angepasst werden.
- Die Gebühren für Instrumentalunterricht und Freifachkurse müssen gesenkt werden.
- Der im Rahmen der Budgetkürzungen vorgenommene Abbau von Instrumental- und Freifachkursen sowie die Reduktion von Stundenentlastungen für spezielle Aufgaben müssen rückgängig gemacht werden.

Die SP wird sich im Rahmen der Debatte weiterhin für starke öffentliche Mittelschulen engagieren und eine Gesamtschau fordern. Ob die beiden Schulen schliesslich zusammengefügt werden oder nicht: Der Spardruck auf die Mittelschulen muss möglichst rasch beendet werden.

Anträge

- Die SP regt an, im Zuge der Diskussion rund um die Kantonsschule Innerschwyz das „Mittelschulgesetz (MSG), vom 20. Mai 2009 [SRSZ 623.100]“ und das „Gesetz über die Mittelschulen im Kanton Schwyz, vom 23. März 1972 [SRSZ 623.100]“ in einem Gesetz zu vereinen.
- Die SP regt an, im Zuge der Diskussion rund um die Kantonsschule Innerschwyz auch die **Finanzierung der privaten Mittelschulen** neu zu gestalten und so dafür zu sorgen, dass in Zukunft alle Schwyzer Mittelschulen (mit oder ohne Zusammenschluss des Kollegis und Theris) finanziell gut aufgestellt sind.
- Die SP bittet den Regierungsrat, vor der parlamentarischen Debatte konkret aufzuzeigen, welche **pädagogischen Vorteile** der Zusammenschluss der beiden Mittelschulen mit sich bringen würde.
- Weiter ist es aus Sicht der SP zentral, dass seitens Regierungsrat **klare Zusagen und Versprechen für einen Bildungsausbau** gemacht werden (z. B. klares Bekenntnis zum Angebotsausbau und Aufzeigen von dessen Finanzierung bei einem Zusammenschluss).

Zu klärende Fragen

Wir bitten den Regierungsrat, für die Behandlung im Kantonsrat folgende Fragen zu klären und in der Vorlage ergänzende Fakten zu liefern:

- Mit welchen Alleinstellungsmerkmalen und besonderen Förderprogrammen wird sich die Kantonsschule Innerschwyz zukünftig in der Bildungslandschaft positionieren?
- Welche der pädagogisch ausgezeichneten Lehr- und Lernkonzepte des Theresianums werden in der zusammengeführten Schule übernommen oder gar ausgebaut?
- Wie wird der Kanton die vom Theresianum priorisierte Frauenförderung in der zusammengelegten Schule weiterführen?
- Wie sieht es mit der Mensakapazität im Kollegium aus? Wird die heutige Kapazität reichen, um 700 Schüler*innen zu verpflegen oder würden weitere Ausbaukosten hinzukommen?
- Wie sieht bei einer Zusammenlegung die Ausstattung mit Gruppenräumen aus? Wie viele Gruppenräume werden pro Klasse zur Verfügung stehen?
- Was bedeutet «sozialverträgliche Lösungen» für alle Mitarbeitenden des Theresianums konkret?

Abschliessender Hinweis

Abschliessend macht die Sozialdemokratische Partei den Regierungsrat darauf aufmerksam, dass die Abkürzung „KSI“ innerhalb des Bildungsdepartements bereits durch das „Kantonale Schutzinventar“ besetzt ist. Allenfalls würde sich die Abkürzung KSS (Kantonsschule Schwyz) besser eignen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sozialdemokratische Partei
Kanton Schwyz



Andreas Marty
Präsident



Thomas Büeler
Partei- und Fraktionssekretär